

30. April 2020

Kinderschutz und Gesundheitsschutz jetzt weiter ausbauen!

Ein Zwischenruf der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie

Deutschland befindet sich seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie in der größten Krise seit Ende des 2. Weltkriegs und den danach folgenden Krisenjahren. Die Bemühungen der Bundesregierung, die Bevölkerung mit massiven Restriktionen soweit wie möglich vor gesundheitlichem Schaden zu bewahren, zeigen Wirkungen, so dass in Absprache mit den Ministerpräsident*innen zum 20. April 2020 erste Lockerungen der Maßnahmen beschlossen wurden. In diesem Zusammenhang ist es aus Sicht der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF) dringend notwendig, die Auswirkungen von Maßnahmen des Gesundheitsschutzes auf die Entwicklung von Kindern und den Kinderschutz zu bedenken und in die Strategieplanung zu Öffnungen von Kindertagesstätten und Schulen mit einzubeziehen.

Die DGSF bittet die Bundesregierung daher eindringlich, jetzt die erheblichen Belastungen der Familien in den Blick zu nehmen. Die Schutzmaßnahmen der vergangenen Wochen bringen nicht zu unterschätzende Risikofaktoren mit sich, die sich folgens schwer auf Entwicklung und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirken können. Die Auswirkungen des Wegfalls von Begegnungs-, Förder- und Tagesstrukturen für Kinder sind für alle Familien, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund, spürbar. Kinder aus belasteten und/oder armen Familien und Kinder von Alleinerziehenden gehören in dieser Krise zu den besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Sie brauchen ab sofort Betreuungsangebote und Zugang zu Hilfen nach dem SGB VIII unter Umsetzung aller vorhandenen Möglichkeiten zum Schutz der Gesundheit sowohl von Fachkräften als auch von Kindern bzw. Jugendlichen und Eltern. Hinzu kommen die wachsenden Schwierigkeiten für Kinder aus Familien, deren Eltern unter den hohen Anforderungen der Home-Officearbeit stehen im Spagat mit ganztägiger Kinderbetreuung. Nicht selten korreliert diese alltägliche Überforderungssituation mit begründeten Zukunftssorgen um ihre berufliche und wirtschaftliche Sicherheit. Auch diese Familien brauchen dringend sofortige Betreuungsangebote.

Deshalb appelliert die DGSF mit diesem Zwischenruf an die Bundesregierung, alle Landesregierungen und Kommunen:

- **Die Möglichkeiten der Betreuung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen ausweiten!** Dazu gehört neben einem bundeseinheitlichen Ausbau der Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Horten, eine weitere Öffnung von Einrichtungen der Familienbildung, der Jugend(sozial)arbeit, Familienberatung und den sozialen Gruppenangeboten.
- **Die Ausweitung und bundesweite Vereinheitlichung der Kriterien für einen Platz im Notbetreuungsangebot!** Bildungschancen und die Bereitstellung von Plätzen aus Gründen des Kinderschutzes dürfen nicht vom Wohnort abhängig sein.
- **Eine bundesweite Sicherstellung eines täglichen, gesunden Ernährungsangebots!**

- **Eine bundesweite Sicherstellung von Bewegungs- und Sportangeboten für die Kinder!**
- **Die Bereitstellung aller zur Verfügung stehenden Mittel, um öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit einem Mindestmaß an Schutzausrüstung!**
- **niedrigschwelligerer Zugang zu den Angeboten des Gesundheitssystems** wie Sozialpädiatrische Zentren oder Kinder- und Jugendpsychiatrien, die zur Zeit ebenfalls auf Grund der Corona-Problematik nur ein eingeschränktes Angebot machen können!
- **Eine (Wieder-)Aufnahme und Stärkung von systemübergreifenden Netzwerkaktivitäten aller an Kinderschutzmaßnahmen beteiligten Akteur*innen** verbunden mit einem regelmäßigen Austausch und einer verlässlichen Kooperation zwischen Trägern der Hilfen zur Erziehung und Schulen, Kitas, Horten, Jugendämtern, (Erziehungs-)Beratungsstellen, Ärzt*innen, Kliniken, Polizei und Gerichten!

Hintergrund:

Jugendämter und Träger der Hilfen zur Erziehung (SGB VIII) sowie die Fachverbände der Pädiatrie, Sozialpädiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie melden: Das derzeitige Angebot der Notbetreuung erreicht nicht alle gefährdeten Kinder. Wir wissen aus einschlägigen Statistiken, dass die Zahl der Meldungen wegen Kindeswohlgefährdung seit dem Lockdown deutlich zurückgegangen ist – jedoch nicht, weil plötzlich weniger Kindeswohlgefährdung stattfindet, sondern aufgrund von Schließungen der Kitas und Schulen. Gleichzeitig zeigt sich in den Abend- und Nachtstunden ein Anstieg von behördlichen und polizeilichen Einsätzen. Offen bleibt also, wie über das Kindeswohl gewacht werden kann, bei all jenen Kindern und Jugendlichen, die nicht zur Schule oder in die Kindertageseinrichtung gehen.

Wir wissen einerseits aus den Erfahrungen unserer vielen Mitglieder, die in der Jugend- und Familienhilfe, in der Familienpsychotherapie sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie tätig sind, sowie aus systemischer Forschung, dass Familien in unterschiedlichen sozioökonomischen Lebenslagen nachhaltige und kreative Resilienzprozesse angesichts von Krisen entwickeln. Andererseits steigt der Druck in immer mehr Familien und viele Eltern drängen auf Öffnung von Schule und Kindertageseinrichtung. Dieser innerfamiliäre Druck verschärft die Situation von Kindern und Jugendlichen, denn er bietet das Pulver für die Entstehung von massiven Konflikten und Kindeswohlgefährdungen quer durch alle Bevölkerungsschichten¹. Kinder zu schützen bedeutet für die DGSGF, Familien, die in belasteten Situationen leben müssen, in der Zeit der Corona-Krise jede Unterstützung von Seiten des Staates zukommen zu lassen, ihr Familienleben zu meistern.

Dazu gehört die Betreuung in Kindertagesstätten und Horten, aber auch eine finanzielle Entlastung armer Eltern, um die wegfallende Verpflegung der Kinder in den Bildungseinrichtungen bei zeitgleicher Schließung der Tafeln zu kompensieren.

In akuten oder langanhaltenden Belastungs- oder Überforderungssituationen können Eltern nur sehr schwer das geben, was ihre Kinder brauchen: Stabilität und Sicherheit. Es kann dann schnell passieren, dass Eltern aus einem momentanen Gefühl der Anstrengung und Überforderung ihren Kindern die Botschaft vermitteln: „Du bist verantwortlich für meine/unsere schlechte Stimmung hier“.

Durch Perspektivlosigkeit, unbehandelte psychische Störungen, drohende Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse, Orientierungslosigkeit und/oder Angst vor Ansteckung verlieren Eltern den Zugang zu ihren Ressourcen, die sie dringend brauchen, um ihren Kindern einen

¹ Hier verweisen wir auf die Stellungnahme der Deutschen Liga für das Kind:
https://static1.squarespace.com/static/5e9ef127d5d10312c6aa9335/t/5ea0778bc7842841664ba635/1587574668764/Liga-Stellungnahme-Corona_200420_final10.pdf

ruhigen und sicheren Ort zu bieten. Schnell verbinden sich „konfliktfördernde Zutaten“, die in Familien Sprengstoff für eine Eskalation bieten. Diese Dynamik ist es, die gleichwertig als Gefahr für die Gesundheit von Kindern anerkannt werden muss!

Um Familien und Kinder aller Altersgruppen schützen zu können, um Beteiligung an der eigenen Lebensgestaltung als menschliches Grundrecht zu erhalten, Bildungsgerechtigkeit in Zeiten der Corona-Pandemie zu ermöglichen und gleichzeitig die erforderlichen gesundheitlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise umzusetzen, braucht es umgehend verbindliche und finanzierte Schutzkonzepte für Familien und für die Einrichtungen². Dazu gehören unter anderem Desinfektionsmittel und Atemschutzmasken, aber auch kreative Lösungen, die die Gruppengrößen möglichst klein und in verlässlichen personellen Bezügen halten. Bis zu einer Umsetzung müssen weiterhin Zwischenlösungen ermöglicht werden.

In die kommunalen Schutzkonzepte sollten neben den Kindertagesstätten und Schulen alle zur Verfügung stehenden Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche normalerweise in ihrer Freizeit aufhalten wie Jugendclubs, Jugendfreizeitstätten, Bauspielplätze, Beratungsstellen und Sport- und andere Vereine miteinbezogen werden. Nur so können in einer Zeit hoher gesundheitlicher Gefahren möglichst vielen Kindern und Jugendlichen, aber auch Fachkräften größtmögliche sichere Handlungsspielräume geschaffen werden.

So bleibt festzuhalten:

Gesundheitsschutz und Kinderschutz sind miteinander vereinbar und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie gehören zusammen und sind deshalb in Form verantwortungsvoller Öffnungsstrategien und gerechter Zugangsverteilung in ganz Deutschland ernst zu nehmen und umzusetzen.

Uns ist dabei durchaus bewusst, dass es sich hier um ein hochkomplexes Spannungsfeld handelt, in dem politische Beschlüsse gefasst werden müssen. Als Fachverband des Gesundheitswesens und der Psychotherapie, der Jugendhilfe und Sozialen Arbeit, und der Organisationsberatung bietet die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie ihre Expertise zu Abwägung von politischen Entscheidungen gerne an.

Anke Lingnau-Carduck und Dr. Filip Caby, Vorstandsvorsitzende der DGSF

Maria Schäfer, Julia Hille und Nora Susanne Kleinschmidt
für die DGSF-Fachgruppe Systemische Sozialarbeit

Waldemar und Nina Malamutmann, Dieter Schlattmann
für die DGSF-Fachgruppe Systemische Kinder- und Jugendhilfe

Michaela Herchenhan, Familienpolitische Sprecherin der DGSF

Birgit Averbeck, DGSF-Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

² Hier unterstützen wir den offenen Brief von Ver.di „Soziale Arbeit ist unverzichtbar – immer!“
https://mehr-braucht-mehr.verdi.de/++file++5e9f21d9aa8c33aa98ce7890/download/Offener-Brief_Erstunterzeichnerinnen.pdf